

## Die Arbeiter und ihre Presse.

ap. Die Auseinandersetzungen über die zuerst geplante Sanierung des Göppinger Parteiblattes haben die außerordentlich wichtige Frage der Arbeiterpresse und ihres Verhältnisses zur Arbeiterschaft wieder in den Vordergrund der Aufmerksamkeit geschoben. Gegen eine Verschmelzung zweier Blätter, die beide zu klein sind, um sich auskömmlich zu halten, war, wenn keine weiteren Bedingungen hinzukämen, nichts einzuwenden. Was in der Regelung der später aufgegebenen Verschmelzung Göppingen-Ulm besonders Bedenken erregte, war die Zusammenlegung der neuen Preßkommission, worin nicht nur die beiden beteiligten Parteivorte, sondern auch als dritter mit gleichem Rechte der württembergische Landesvorstand vertreten sein sollte. Nicht bloß wegen des unmittelbaren Zweckes, daß die Göppinger sicher in die Minderheit gedrängt wären. Sondern vor allem, weil damit das bisher allgemein gültige Prinzip, wonach die Genossen des Verbreitungsgebietes selbst allein über ihr Blatt zu bestimmen haben, zum ersten Male öffentlich durchbrochen wäre. Darin liegt Anlaß genug, die Frage der Leitung der Parteipresse überhaupt grundsätzlich zu erörtern.

Für die geplante Regelung war als wichtiges Argument folgendes vorzubringen. Die höheren Instanzen, Landes- und Parteivorstand, gaben Zuschüsse zu dem Göppinger Unternehmen, waren also finanziell daran beteiligt und hatten Interesse an einem guten Geschäftsgang. Aber dabei müssen die geschäftliche und die politische Seite auseinander gehalten werden. Gegen eine Kontrolle von seiten der Geldgeber, die eine solide Geschäftsführung sichern soll, wird keiner etwas einzuwenden haben. Aber die Preßkommission dient zur Kontrolle der politischen Redaktionsführung. In dem Gegensatz und dem Verhältnis dieser beiden Seiten liegt der prinzipielle Unterschied zwischen der bürgerlichen und der Arbeiterpresse.

Die Presse dient zur Information und zur politischen Aufklärung und Beeinflussung der Leser. Das Bedürfnis danach ist in bürgerlichen und proletarischen Kreisen in gleicher Weise vorhanden; beide wollen im Sinne ihrer Prinzipien und politischen Anschauungen aufgeklärt und benachrichtigt werden. Es wäre also denkbar, daß für

beide die Presse in derselben Weise organisiert wäre. Aber hier tritt hervor, daß der Unterschied der beiden Klassen noch etwas mehr ist als eine Verschiedenheit politischer Ansichten. Das Proletariat will die Unterordnung der wirtschaftlichen Lebensinteressen unter den Privatprofit und damit alle Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse der heutigen Welt beseitigen; das kämpfende Proletariat bildet schon den Anfang einer Menschheit, die über ihre eigene Angelegenheiten selbständig mittels ihrer Organisation entscheidet. Das zeigt sich auch in der Organisation der Presse. Die bürgerliche Presse ist Mittel zum privaten Profit; daher gebietet nur der Besitzer von oben über sie und hat das Publikum nichts dreinzureden. Die Arbeiterpresse dient der proletarischen Sache; daher ist hier die organisierte Arbeiterschaft selbst Begründer, Meister und höchste Instanz über ihr Blatt. In der bürgerlichen Presse ist der politische Kampf Mittel und das Geschäft höchster Zweck, dem daher das Prinzip so oft wie nötig geopfert wird. Bei uns ist das Geschäft Mittel, der politische Kampf Zweck; das Interesse der sozialistischen Aufklärung beherrscht alles und die Wichtigkeit einer gesunden geschäftlichen Grundlage liegt nur darin, daß dadurch das große Ziel besser verfolgt werden kann. Wenn in Gegenden, wo wir nur unter den größten Schwierigkeiten vorwärts kommen, unsere Presse mit stetigem Defizit arbeitet, kann ein solches Unternehmen in diesem höheren Sinne doch zugleich zu den fruchtbarsten und gesündesten gehören.

Daraus ergibt sich, daß in der bürgerlichen Presse derjenige, der sein Geld hineinsteckt, über die politische Haltung gebietet. Denn sie ist in erster Linie ein Geschäft, und er hat Interesse daran, daß die politische Haltung des Blattes die Einkünfte nicht schädigt. Gerade umgekehrt in der Arbeiterpresse. Auch hier kann die politische Haltung das Geschäft schädigen. Aber die Arbeiter haben ihre Blätter nicht gegründet, um gute Geschäfte zu machen, sondern um die Prinzipien des Sozialismus zu verbreiten. Wer dort Geld gibt, mag es im Interesse der guten Sache tun, aber aus seinem Interesse an der Einträglichkeit des Blattes darf nie das geringste Recht zur politischen Beeinflussung der Redaktionsführung hergeleitet werden. Die Bestimmung der Art und Weise, wie der Kampf für den Sozialismus in der Presse geführt werden soll, steht nur der organisierten Arbeiterschaft selbst zu.

Die Notwendigkeit, hier Geschäft und Redaktionsführung scharf auseinander zu halten, wird noch zwingen-

der, seitdem immer mehr zur Herstellung unserer Parteiblätter eigene Durchereignisse gegründet werden, in die aus der allgemeinen Parteikasse Geld gesteckt wird. Damit ist von selbst die Nothwendigkeit einer geschäftlichen Kontrolle seitens des Parteivorstandes gegeben. Was würde man aber dazu sagen, wenn ein Parteivorstand aus diesem Interesse an einer guten Geschäftsführung das Recht herleiten wollte, Einfluß auf die politische und parteitaktische Haltung des Blattes, sowie auf die Auswahl der Redakteure auszuüben? Man braucht sich nur die Konsequenzen einer solchen Möglichkeit klar zu machen, um sofort einzusehen, wie nötig es ist, die Selbständigkeit der Parteipresse gegen eine solche Beeinflussung von oben zu wahren. Nur die Begründung, das Recht des Geldgebers auf Beeinflussung der politischen Haltung, wäre hier den bürgerlichen Presseverhältnissen entnommen; das Resultat wäre insofern anders, als das von den Arbeitern selbst aufgebrauchte Geld dazu dienen würde, das Verfügungsrecht der Arbeiter über ihre Presse zugunsten der zentralen Bureaufkratie zu schmälern.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, wie mit der Entwicklung der Organisation des Proletariats notwendig eine Bureaufkratie entstehen muß, die die Leitung der Bewegung in Händen hat. Sie verfügt über die Machtmittel der Organisationen, über die Geldmittel des Ganzen und über die Autorität, die gewählten Vertretern als „Vertrauensleuten“ immer zufällt. Je mehr die Machtmittel der Organisationen mit ihrem Wachstum steigen, um so größer wird, vor allem durch die notwendige Zentralisation der Kräfte, die Macht von Leitung und Vorstand, auch den eignen Mitgliedern gegenüber. Unter der Begründung, daß sie die Gesamtheit gegenüber den einzelnen Teilen vertritt, steigt ihr Einfluß und nimmt die Selbständigkeit der Mitglieder und der lokalen Abteilungen dementsprechend ab. Darin liegt keine Kritik an Personen, sondern eine notwendige Entwicklung der Dinge. Die Nebel, die daraus entstehen, sind nicht durch eine noch so gute Auswahl der Personen abzustellen, sondern nur durch Aufbau und Pflege der Institutionen, die ein Gegengewicht bieten können.

Dazu gehört in erster Linie die Parteipresse. Weil sie eine lokale Presse ist, ist sie von der zentralen Parteileitung unabhängig und werden die Instanzen, die die politische Handlung überwachen und die Redakteure wählen, von den Arbeitern am Orte selbst gewählt. Daher kann sie sich den Auffassungen der Massen eng anschmiegen,

und ihrer Kritik der Leitung, die in einer demokratischen Organisation die notwendige Ergänzung der Parteidisziplin bildet, zum Organ dienen. Würde aber die Leitung einen entscheidenden Einfluß auf diese Presse und auf die Besetzung der Redakteurposten gewinnen, so könnte es nur zu leicht dahin kommen, daß diejenigen, deren Anlage und Neigung sie auf diese Posten hinweist, mehr Wert auf die Gunst der Leitung als auf die Uebereinstimmung mit den Massen legen würden, und sich jedenfalls in der Kritik der Leitung mehr Reserve auferlegen, als dem Parteiinteresse dienlich wäre.

Die Parteipresse dient nicht nur als Kampf- und Propagandaorgan nach außen: ihre Wichtigkeit liegt nicht weniger in ihrer Bedeutung für die innere geistige Entwicklung der Partei. Die Vielheit der Parteiblätter bietet die Möglichkeit, daß jede der miteinander kämpfenden Richtungen darin zum Ausdruck kommt. Bei ihrer stetigen engen Berührung mit den Massen kommen in ihnen neue Anschauungen und neue taktische Auffassungen, die sich emporkämpfen müssen, viel leichter zum Durchbruch als in einer zentralen Leitung, die ihrer Natur nach mehr an dem erprobten althergebrachten haftet; die geistige Regsamkeit, die stetige Anpassung an neue Verhältnisse, die für eine revolutionäre Bewegung ein Lebenselement ist, findet in der freien Presse ihr Organ. Eine zentrale Beeinflussung würde diese spontane lebensfrische Vielgestaltigkeit erheblich eindämmen und damit die geistige Entwicklung der Partei erschweren. Es wird oft gesagt, daß die Massen ihre Führer vorwärts drängen sollen; wie wäre das möglich, wenn ihr wichtigstes Organ dabei, die lokale Presse, diesen Führern nicht völlig frei und unabhängig gegenübersteht?

In dem württembergischen Fall handelte es sich um mehr als einen Streit der beiden taktischen Richtungen. Wenn auch der sonderbare Widerspruch, daß das von den meist radikalen Arbeitermassen des Reiches aufgebrachte Geld dem revisionistischen Landesvorstand die Gelegenheit bieten sollte, die Opposition der radikalen Arbeiter zu beseitigen, vor allem zeigen konnte, daß etwas schiefes dabei war, so hat der größte Teil der Parteipresse doch sofort gefühlt, daß hier die Kernfrage die Frage der Unabhängigkeit unserer Parteipresse war. Daher hat sie scharf eingegriffen. Denn die Wahrung dieser Unabhängigkeit ist eine Lebensfrage für die innere Entwicklung der Partei. —